



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/180 - 13.8.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Heuchlerische "Solidaritätsaktion"	S.1
Ausgerechnet Herr Kraft	S.2
EVG-Aussichten, von Brüssel aus gesehen	S.3
Beispiel religiöser Unduldsamkeit	S.4
Karl Holtz	S.6

Pankows Jagd auf die Streik-Trophäen

EZ, Berlin

"Solidaritätsaktion" ist das Stichwort für die Beurteilung der Lohnbewegung in der Bundesrepublik durch die offizielle SED-Politik. Wenn es in den Betrieben der Sowjetzone aber wirklich um die Bekundung einer echten Solidarität ginge, dann hätte Pankow allen Anlass, derartige Aktionen zu verhindern. Denn jede Demonstration für den Grundsatz der gerechten Entlohnung der Arbeitskraft müßte als eine Rebellion gegen das sedistische Ausbeutersystem betrachtet werden. In einem Staat, wo jede Aufforderung zur Erhöhung der Löhne, von einem Streik gar nicht zu sprechen, als staatsfeindliche Handlung angesehen und aufs brutalste verfolgt wird, kann es niemals Solidaritätskundgebungen im Sinne einer echten Arbeiterbewegung geben.

So ist es auch kein Wunder, dass die sowjetzonale "Solidarität" einer der üblichen östlichen Theatercoups bleibt, dass die "Solidaritäts-Spende" zwangsweise von den SED-Funktionären eingezogen werden muß, um dann Meldungen über Unterstützungsfonds für die westdeutschen Streikteilnehmer lancieren zu können. Ob Korea-Spende oder Streikspende, für die Zonenarbeiter ist es immer derselbe Trick der von ihnen gründlich gehassten Pankower Machthaber.

Die Schlußlinie der östlichen "Solidaritäts" Propaganda geht nach zwei Richtungen. Gegenüber der Zonenbevölkerung stellt sie einen neuen, allerdings vergeblichen Versuch dar, den Eindruck zu erwecken, als ob jetzt endlich die von den Kommunisten seit langem geforderte "Aktionseinheit der Arbeiterklasse" im Sinne Pankows gegen die Bundesregierung und alle anderen "pseudodemokratischen", weil nicht volksdemokratischen politischen Kräfte realisiert werde, zu denen von der SED natürlich auch die westdeutsche SPD-Führung gezählt wird. (Das SED-Zentralorgan beschuldigte erst am Dienstag den SPD-Vorstand wider besseres Wissen, gegen den Streik der Arbeiter zur Durchsetzung gerechter Löhne eingestellt zu sein.)

Wie jede Propagandaaktion der SED, so ist auch die Solidaritätsbewegung für den westdeutschen Streik als ein Schlag gegen die Widerstandsfront der Sowjetzonenbevölkerung gemünzt. Deswegen das Verschweigen der echten Ursachen dieses Streiks und ihre Umfälschung in eine

Revolution im leninistischen Sinne. Dass es geradezu zum Wesen eines echten demokratischen Staates gehört, dass die Arbeiter und Angestellten notfalls ihre Interessen und die Forderung nach einer gerechten Beteiligung am Sozialprodukt mit dem Mittel des Streiks durchsetzen, verschweigt man in Pankow absichtlich. Eine solche Erkenntnis würde den eigenen Terrorstaat in Frage stellen.

Gegenüber der westlichen Arbeiterschaft und vor allem den Streikenden ist die heuchlerische "Solidaritätsaktion" vorwiegend auf der Überlegung aufgebaut, in der augenblicklichen gespannten Situation doch noch einige weitere Anhänger zu der "Ferner liefern"-Partei der KP finden zu können. Geldspenden, Besuche von SED-Delegationen und die Angebote, Frauen und Kinder der Streikenden in sowjetzonalen Ferienlagern und Heimen unterzubringen, können nur als Lockköder und Einschläferungsversuche gegenüber den wahren Absichten Pankows gewertet werden.

Will man von Ostberlin aus in den Arbeiterkreisen Westdeutschlands den Anschein erwecken, als ob gerade die KP maßgebend an der Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer beteiligt sei, so ist der Pankower Propaganda jede Stimme im bürgerlichen westdeutschen Lager willkommen, die von einer "kommunistischen Lenkung" oder auch nur "Inspirierung" des Streiks spricht. Gerade die von den hinter der Adenauer-Regierung stehenden Kräften versuchte Verfälschung des Streiks zu einem reinen Machtkampf der Gewerkschaften ist Wasser auf die Mühlen der Ostberlin gesteuerten +von Agitation der Kommunisten und der nach Westdeutschland entsandten "Solidaritäts"-Delegationen.

+ + +

Ein neuer Mißgriff

sp - Die vom Bundesinnenminister Dr. Schröder im Zusammenhang mit der Affaire John verursachte Kette von Mißgriffen ist durch ein neues Glied bereichert worden: Dr. Schröder ist in Urlaub gegangen und hat mit der Führung des Innenministeriums den Sonderminister Waldemar Kraft betraut. Muß es schon bedenklich stimmen, wenn ein Innenminister im Moment schwerster Angriffe gegen sein Ministerium, während fast alle anderen Regierungsmitglieder ihren Urlaub abbrechen, zur Erholung fährt, so bedeutet die Wahl des ehemaligen SS-Hauptsturmführers Kraft zu seinem Vertreter angesichts der allgemein lautwerdenden Beschuldigungen wegen des aufkommenden Neonazismus eine psychologisch grundfalsche Maßnahme. Ist doch Waldemar Kraft zugleich Fraktionskollege des besonders umstrittenen Bundesvertriebenenministers Oberländer. Zwar ist Kraft hinsichtlich der neonazistischen Tendenzen mit Oberländer nicht auf eine Stufe zu stellen, sein Auftreten während des Bundestagswahlkampfes im Zeichen der Farben schwarz-weiß-rot dürfte aber noch nicht vergessen sein.

Oder ist der Urlaub Dr. Schröders politisch bedingt? Dann allerdings müßte die Betrauung Krafts mit der Führung des Innenministeriums, wenn auch nur vertretungsweise, anders als nur ein psychologischer Mißgriff betrachtet werden.

+ + +

Die Konferenz vom 3. Juli ...

P.H., Brüssel

Sie wird nun am 19. August stattfinden, die seinerzeit von Bonn aus so kühn an alle Presseagenturen gemeldete, von Henri Spaak einberufene Konferenz der Ministerpräsidenten der sechs EWG-Länder vom 3. Juli. Heute weiß man, dass an dieser Meldung einer Brüsseler Konferenz für den 3. Juli nur das eine richtig war: die allgemeine Zustimmung des französischen Premierministers an Henri Spaak zu einer Zusammenkunft mit ihm, Spaak, mit Adenauer und den Regierungsleitern der übrigen EWG-Länder "in naher Zukunft". Inzwischen hatte Brüssel einen Versuch des Haag abzuschlagen, sich diese Zusammenkunft zu sichern, und je mehr Zeit verstrich, desto lauter fragten sich auch die EWG-Anhänger in Brüssel, ob es richtig war, dass Spaak sich als Vermittler und Einpeitscher gegenüber Paris vorschob oder sich vorschicken ließ. Als schließlich der 19. August gesetzt wurde, war man an dem paradoxen Zustand angelangt, dass die Gegner des EWG-Vertrages und die Anhänger einer Kursänderung der europäischen Außenpolitik beinahe die Konferenz dringender herbeiwünschten als ihre Veranlasser.

Der Grund hierfür ist nicht so sehr in den neuen russischen Konferenzangeboten zu suchen, wenn man auch gerade in den Kreisen der sozialistischen Regierungspartei der Mahnung Ollenhauers, den Russen nicht ohne weiteres die kalte Schulter zu zeigen, zustimmende Beachtung schenkt. Man verweist auf den Beitritt der Sowjetunion zur Rote-Kreuz-Konvention, auf die Rückkehr Moskaus in die Internationale Arbeitsorganisation, auf die Versuche Rußlands, den Handelsverkehr mit dem Westen auszuweiten, und fragt, warum man nicht auch russische Wünsche zum mindesten zur Kenntnis nehmen will, wenn man so sehr darauf drängt, die französischen Änderungswünsche zum EWG-Vertrag anzuhören.

Diese Änderungswünsche sind es, die die kommende Konferenz zu einem Alldruck für diejenigen machen, die sie ursprünglich schon für Juli forderten, aber denen wünschenswert erscheinen ließen, die

der EWG-Politik feindlich oder skeptisch gegenüber stehen. Die letzteren hoffen nach allem, was man aus Paris über die Zusätze, Vorbehalte und Auslegungen hört, die Mendès-France vorbringen muß, ehe er den Vertrag überhaupt dem französischen Parlament vorzulegen wagt, dass die Brüsseler Zusammenkunft denjenigen die Augen öffnet, die noch an die EWG-Politik glauben.

An einen Erfolg der Konferenz im Sinne einer Umformung der EWG, die dann relativ schnell überall in Kraft treten könnte, glaubt kaum jemand. Spaak hat dem außenpolitischen Ausschuss des belgischen Parlamentes zugesagt, ihn gleichzeitig mit der Konferenz einzuberufen. Er will sichtlich seine Zustimmung zu den erwarteten französischen Änderungs- und Zusatzwünschen davon abhängig machen, ob der außenpolitische Ausschuss ihre Annahme ohne eine erneute Parlamentstbehandlung des gesamten Komplexes für möglich hält. In diesem, für seine realistische Einstellung bekannten Ausschuss, wie überhaupt in aussenpolitisch nüchtern denkenden Kreisen, hat sich inzwischen die Meinung verstärkt, die jedes sofortige Ergebnis, in positivem wie negativem Sinne, für gefährlich hält.

Vielleicht hat hier auch der Gedanke aus der Umgebung Mendès-France mitgewirkt, man sollte einen modifizierten EWG-Vertrag bis zur vorletzten Stufe, d.h. der Ratifizierung durch die französische Nationalversammlung vorwärtstreiben, aber vor der letzten Stufe, der Unterzeichnung durch den Staatspräsidenten und der Hinterlegung der Urkunden, haltmachen, ehe nicht auf einer neuen Konferenz mit den Sowjets letzte Klarheit geschaffen ist.

+ + +

Der Tempelstreit von Eschborn

Wer es, ob im politischen, religiösen oder allgemeinmenschlichen Lebensbereich, an der gebotenen Toleranz fehlen läßt, ist nicht nur ein schlechter Demokrat, er schadet sich zugleich selbst, weil sein Verhalten bei den Mitmenschen Zweifel an der inneren Wahrhaftigkeit seiner Überzeugung aufkommen läßt. Das gilt in verstärktem Maße für religiöse Ideologien.

Ein besonders krasser Fall religiöser Unduldsamkeit hat sich in diesen Tagen in Eschborn bei Frankfurt ereignet. Dort plant die Religionsgemeinschaft der "Baha'i", für ihre Gläubigen in neunjähriger Bauzeit einen Tempel zu errichten. Sie hat sich außerdem ver-

pflichtet, zugunsten der Allgemeinheit noch zusätzlich eine Straße und eine Wasserleitung zu bauen.

Gegen diese "Provokation der zu mehr als 90 % christlichen Bevölkerung Westdeutschlands", glaubten Katholiken und Protestanten, angeführt von ihren Geistlichen, auf einer öffentlichen Kundgebung protestieren zu müssen. Man fasste, wie bei solchen Anlässen üblich, auch eine entsprechende Resolution, in welcher der geplante Tempel ein "rein demonstrativen Zwecken dienender kultischer Großbau" genannt wird, mit dem sich die christliche Bevölkerung keineswegs einverstanden erklären könne, obwohl man grundsätzlich auch religiösen Minderheiten das Recht auf einen kultischen Raum zugestehe.

Man übt also scheinbare religiöse Toleranz, die aber, weil sie nur "grundsätzlich" und nicht praktisch ist, diesen Namen nicht verdient. Was würden wohl die christlichen Kirchen sagen, darf man wohl fragen, wenn man ihnen z.B. in Japan, wo bekanntlich die Christen in der Minderheit sind, mit der gleichen Begründung, mit der sie den Bahai-Tempel ablehnen, den Bau eines Gotteshauses verweigerte? Sie würden sich mit Recht dagegen verwahren.

Dass es sich bei dem Vorgang in Eschborn um einen offensichtlichen Verstoß gegen die Freiheit des religiösen Bekenntnisses handelt, wird erst eigentlich deutlich, wenn man hört, was der evangelische Gemeindepfarrer im Namen beider christlichen Kirchen, vorzubringen hatte: Die Bahai-Religion sei ein "Irrglauben einer islamischen Reformbewegung", für die in Deutschland kein Bedürfnis bestehe. Einmal mehr wird hier jene unduldsame Haltung eingenommen, die denen zu eigen ist, die sich nach einem Lessingschen Gleichnis allein im Besitz des "echten Ringes", d.h. der alleinseligmachenden Wahrheit wähnen. Weiter wurde gesagt: Was die Ablehnung des Tempelbaues angehe, so läge darin auch kein Verstoß gegen das Grundgesetz, da die christlichen Gemeinden zwar den Tempel in den vorgesehenen Ausmaßen mißbilligten, gegen ein "bescheideneres Haus" für die Bahai jedoch nichts einzuwenden hätten.

Die Frage, die ein Leser in einer Zuschrift an die "Frankfurter Rundschau" stellt, mag zynisch und verletzend formuliert sein, sie trifft dennoch den Kern: "Seit wann bestimmt die Konkurrenz, wie groß der andere sein Geschäftslokal bauen darf? Befürchtet man einige Kirchensteuerzahler zu verlieren? Auch eine Diktatur, die sich mit dem Namen Christi tarnt, ist eine Diktatur."

- k.

- 6 -

+ + +

In memoriam Karl Holtz

shv. In einem sowjetrussischen Zwangsarbeiterlager ist vor kurzem der bedeutende, durch seine Tätigkeit am "Wahren Jakob" bekannte Karikaturist Karl Holtz gestorben. Karl Holtz war von 1923 bis 1933 überwiegend für den "Wahren Jakob" tätig, dessen überragendster Zeichner er gewesen ist. Nach 1933 fand er in Deutschland jedoch keine Möglichkeit mehr, sich karikaturistisch zu betätigen.

Man darf Karl Holtz mit T.T. Heine oder Gulbransson durchaus auf eine künstlerische Rangstufe stellen. Er hat sich jedoch nicht, wie Gulbransson es tat, in der Nazizeit kompromittiert. Er tat dies auch nicht nach 1945, als die NS-Diktatur von der kommunistischen Diktatur in der Sowjetzone abgelöst wurde.

Karl Holtz' Bedeutung gründet sich nicht auf die Maßlosigkeit in der karikaturistischen Übertreibung. Er zerfetzte den Gegner nicht, wie etwa George Gross es tat, er ging als Karikaturist bei aller Entschiedenheit der Darstellung fast wie ein Statistiker der optischen Erscheinung vor. Holtz stellte die Physiognomie von Persönlichkeiten, von politischen Typen, von Gegenständen und auch von Landschaft mit einem geradezu nüchternen Interesse Detail für Detail fest, brachte aber seine Motive dann in ein System zeichnerischer Vereinfachung, mit dem jede Situation und jede Persönlichkeit in großartiger Weise umrissen wurde.

Karl Holtz stand als eminent politischer Zeichner auf der Seite derjenigen, die sich gegen Unterdrückung, gegen wirtschaftliches Freibeutertum und muffigen Spießergeist wenden. Seine schärfsten Karikaturen richteten sich gegen Hitler. Mit dem Jahre 1933 hörte für ihn daher jede Möglichkeit auf, sich politisch zu betätigen. Ohne Namensnennung zeichnete er noch eine Zeitlang für eine Unterhaltungszeitschrift, die im Zusammenhang mit der von Andreas Gayk herausgegebenen, raffiniert taktierenden Zitatenszeitschrift "Blick in die Zeit" in Berlin erschien. Beide Zeitschriften wurden 1935 verboten, Karl Holtz hielt sich bis 1945 mit Werbezeichnungen über Wasser.

Nach 1945 beteiligte er sich zunächst an der Berliner satirischen Zeitschrift "Ulenspiegel". Es zeigte sich bald, dass ein Karikaturist mit selbständigen Auffassungen hier nicht lange arbeiten konnte. Die primitiven Auffassungen mancher Besatzungsvertreter mochten ihn dabei noch am allerwenigsten gestört haben. Er ertrug es durchaus mit Humor, als einmal ein sowjetischer Kulturoffizier äußerte, er habe sein Soll nicht erfüllt, andere Maler malten täglich ein Bild ... Aber die Unmöglichkeit, als kritischer Zeichner frei und selbständig zu arbeiten, stellte sich sehr bald heraus. Karl Holtz zog sich deshalb immer mehr auf das Gebiet der unpolitischen Karikatur zurück. Aber er zeichnete auch für den in der Schweiz erscheinenden "Nebelspalter", dabei ließ er die östlichen Nachhaber nicht ungeschoren. Aber er war praktisch in ihren Händen, in seinem Haus in Rehbrücke bei Potsdam. Eines Tages wurde er verhaftet, vor ein sowjetisches Militärgericht gestellt und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Seine Freunde hofften gerade in den letzten Monaten auf die Möglichkeit einer Amnestie, er überlebte jedoch das Zwangslager nicht.

Verantwortlich: Peter Raunau